

beneinander existieren können. An diesem Tisch wurde debattiert, an diesem Tisch wurde schließlich auch Messe gefeiert. Rundum und auf höheren Etagen des katedralähnlichen Bauwerks dann die Stände, an denen – wie auf einer wirklichen Messe – Begegnungen stattfanden.

Nur einige Stichworte seien hier genannt: „Tagestreff für Wohnungslose“, „Jobclubs“, „Schuldnerberatungsdienste“, „Hilfen für Alleinerziehende“, „Migrantenarbeit“, „Kleiderkammern“, „Suppenküchen“, „Sozialpolitischer Arbeitskreis“, „Obdachlosenzeitung“, „Selbsthilfegruppen Suchtkranke“.

Sechs Fachgespräche und eine Abschlußdiskussion gliederten den Tag. Ihre Themen waren:

- Arm durch Migration
- Arm durch Behinderung, Krankheit, Sucht
- Arm durch Kinderreichtum
- Arm durch den Verlust der Wohnung
- Arm durch Arbeitslosigkeit
- Arm im Alter

Am Ende verabschiedeten die Anwesenden ein *Manifest*, dessen Entwurf den beteiligten Gruppen schon vor der Veranstaltung zur Stellungnahme zugänglich gemacht worden war.

Über tausend Besucher hat diese Veranstaltung angezogen. Die meisten von ihnen blieben den ganzen Tag. Es war, wie die Veranstalter betonten, das erste Großereignis, das sich als Antwort verstand auf das kurz zuvor veröffentlichte *Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage*.

Hat diese Veranstaltung etwas bewirkt, etwas bewegt?

– Die beteiligten Gruppen zeigten sich zufrieden. Sie haben die Möglichkeit zum gegenseitigen Kennenlernen und zum Gedanken- und Erfahrungsaustausch eifrig genutzt.

– Die Öffentlichkeit nahm zur Kenntnis, daß Kirche bereit ist, offensiv den Herausforderungen der sog. Neuen Armut zu begegnen, und sich hier auch nicht scheut, politisch Position zu beziehen: als Anwalt der Benachteiligten.

– Die Gemeinden sind nachhaltig darauf aufmerksam geworden, daß sie nicht zum Selbstzweck da sind, sondern „Salz in der Suppe der Welt“ sein sollen.

Daß dies begriffen worden ist, wird daran

deutlich, daß der erste Brief des Diözesanpastoralrats an die im Oktober gewählten neuen Pfarrgemeinderäte den Appell enthält, sich zum „diakonischen Programm der Kirche“ zu bekennen.

Zum Abschluß sei noch erwähnt, daß dieses Großereignis in enger Abstimmung zwischen dem obersten Laiengremium des Bistums und dem Diözesan-Caritasverband stattgefunden hat.

Diese enge Kooperation macht deutlich, daß im Bistum Paderborn ganz im Sinne der Bemühungen der Leitbilddiskussion des Deutschen Caritasverbandes ein Annäherungsprozeß eingesetzt hat, der sich zukünftig gerade im Blick auf das Programm „Diakonisierung der Gemeinden“ fruchtbar auswirken wird.

Erfahrungsbericht einer Langzeitarbeitslosen (A. A.)

„... bedauern wir, Ihnen mitteilen zu müssen ...“

Die Kosten der Arbeitslosigkeit

Das AUF-Bulletin 6/95, das Organ der Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Frauen (AUF) in Zürich, brachte den folgenden Erfahrungsbericht, der zunächst im Tagesanzeiger vom 28. Oktober 1995 erschienen war. Darin schildert ein Mitglied der AUF, wie es 1992 aus heiterem Himmel gekündigt worden war und sich seitdem mit Aushilfsjobs und Gelegenheitsarbeiten durchs Leben schlagen mußte. Die Frau beschreibt nicht nur die Nutzlosigkeit von Bewerbungen durch eine 50jährige und den mühsamen Erwerb von Zwischenverdiensten, sondern sie rechnet besonders auch die Kosten ihrer vielen Stelleninserate, Bewerbungsdossiers u. ä. zusammen und verweist auf diese zusätzliche Belastung. Der Erfahrungsbericht hat wohl auch Ende 1997 nichts an Aktualität eingebüßt.

red

„Nach 17 Jahren Mitarbeit in einer renommierten Firma erhielt ich als 49jährige Ende September 1992 ahnungslos die Kündigung ‚in die Hand präsentiert‘. Grund: ‚Restrukturierung‘. Drei Monate später stand ich auf der Straße. Fairness, Anstand und Mensch-

lichkeit gehörten offenbar nicht zum Inventar meines Arbeitgebers, für den ich als spezialisierte und treue Mitarbeiterin die besten Jahre meines Lebens zur Verfügung gestellt hatte.

Nutzlose Bewerbungen

Seit dem Tag der Kündigung bis heute, und das sind immerhin drei Jahre, habe ich mich *413mal* (vierhundertdreizehnmal) um eine Stelle beworben, und zwar *für Tätigkeiten jeglicher Art*, von der Spezialistin bis zur Hilfsarbeiterin. Ich bekomme meistens Absagen mit mehr oder weniger folgendem Wortlaut: ‚Nach eingehender Prüfung sind wir zur Ansicht gelangt, daß wir Ihnen mit der ausgeschriebenen Position nicht das Ihrem fachlichen Hintergrund wie auch beruflichen Werdegang entsprechende Umfeld bieten können‘ oder ‚Unter der Flut von Bewerbungen mußten wir uns entscheiden und bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, daß die Wahl nicht auf Sie gefallen ist‘. Oder ich erhalte allenfalls zweifelhafte Zusagen zu Dumping-Lohnangeboten, wobei die Einbuße gegenüber meinem letzten Monatslohn im Jahr 1992 und dem heute angebotenen Fr. 2.000,- oder mehr betragen kann! Fazit: Entweder bin ich zu alt oder ‚ich passe nicht in ein junges und dynamisches Team‘ oder ich bin überqualifiziert! Es hat rein zahlenmäßig zuwenig offene Stellen für 150.000 Arbeitslose und ein von Monat zu Monat zunehmendes Heer von Ausgesteuerten.

Zwischenverdienste

Seit meiner Arbeitslosigkeit arbeite ich – als Gnadenbrot und als Notlösung – für verschiedene Firmen *als Aushilfe auf Abruf*. Ich bin eine ‚Stundenlöhnerin‘.

Von meiner ersten zweijährigen Rahmenfrist nahm ich dank der Zwischenverdienste nicht alle 400 Taggelder in Anspruch. Seit Anfang 1995 gilt für mich eine neue Rahmenfrist (abgezogen wurden fünf Tage der neu eingeführten Karenzfrist) mit einem Höchstanspruch von diesmal nicht 400, sondern 250 Tagen. Was nach Ablauf dieser 250 Tage passiert, ist mir nicht klar. Ausgesteuert kann ich nicht werden, denn ich *mußte zuerst meine Ersparnisse bis auf Fr. 30.000,- aufbrauchen*.

Dem Gemeindearbeitsamt muß ich pro Arbeitgeber *jeden Monat ein gelbes Formular*

‚*Zwischenverdienst‘ ausgefüllt* und vom jeweiligen Arbeitgeber unterschrieben zusammen mit dem *Formular ‚Persönliche Arbeitsbemühungen‘* (acht Bewerbungen pro Monat) abgeben. Für die *Steuererklärung* mußte ich dieses Jahr *14 Lohnausweise ‚eintreiben‘*. *Den ständigen administrativen Zeitaufwand für die Erledigung des enormen Papierkrams empfinde ich als zermürbend und als totalen Leerlauf. Den wöchentlichen Gang aufs Arbeitsamt der Gemeinde zur Stempelkontrolle erlebe ich als Demütigung.*

Die finanziellen Seiten der Langzeitarbeitslosigkeit

– *AHV*: Bezahle ich während meiner früheren Tätigkeit die Maximalbeiträge ein, so bezahle ich als Arbeitslose mit Zwischenverdiensten nun einen reduzierten Beitrag. Dies wird sich negativ auf meine zukünftige AHV-Rente auswirken.

– *Ausschluß aus der Pensionskasse meines früheren Arbeitgebers*: Der Freizügigkeitsbetrag meines letzten Arbeitgebers liegt zur Zeit ‚*zwischengelagert*‘ auf einer Bank. Ich habe nicht die Möglichkeit, Beiträge zu entrichten.

– *Invalidenversicherung*: Aus meiner ehemaligen Pensionskasse konnte ich mit Mühe und Not die Invalidenversicherung ‚*retten*‘ und privat weiterführen. Die Jahresprämien belaufen sich auf *Fr. 1.300,-*.

– *Dritte Säule*: Arbeitslosen, die in keiner Pensionskasse sind, ist es nicht erlaubt, Beiträge an die dritte Säule zu zahlen.

– *Krankentaggeldversicherung*: Da die Arbeitslosenkasse bei Krankheit nur während 30 Tagen weiterzahlt, schloß ich bei meiner Krankenkasse eine Krankentaggeldversicherung ab. Die Monatsprämien belaufen sich auf *Fr. 72,-*.

– *Stelleninsetrate*: Für eigene Stelleninsetrate habe ich bis heute *Fr. 2.500,-* ausgegeben. Resultat: *null. Außer Spesen nichts gewesen.*

– *Zeitungsabonnements für Stellensuche*: vier Tages- und eine Wochenzeitung kosten mich im Jahr ca. *Fr. 1.200,-*.

– *Bewerbungsdossier*: Aufgrund meiner langjährigen Berufstätigkeit habe ich ein umfangreiches Bewerbungsdossier, das mir für eine fachgerechte Bewerbung jedesmal folgende Kosten verursacht:

– Lebenslauf und Zeugnisse,

20 Seiten zu Fr. -,20	
pro Fotokopie	4,-
- Plastikmappchen	2,50
- Karton	2,-
- Großes, solides Kuvert	2,-
- Porto A-Post	2,-
- Kosten für eine Bewerbung	12,50

Nach den bisherigen Erfahrungen kann ein Bewerbungsdossier meistens kein zweites Mal verwendet werden, da die *Unterlagen verbogen, verkrizelt oder sonstwie unbrauchbar zurückkommen* - wenn sie überhaupt zurückkommen! Von jedem Absagebrief - und Absagen sind zahlreich - muß ich dem Arbeitsamt eine Fotokopie, zusammen mit dem Formular ‚Nachweis der persönlichen Arbeitsbemühungen‘ abliefern.

Diskriminierung

Für uns Arbeitslose entsteht der Eindruck, daß wir an der Krise schuld sind; wir müssen uns nur weiterbilden, oder ins Beschäftigungsprogramm gehen, eben etwas leisten. Betrachtet man unsere Situation genauer, so muß er oder sie mehr oder weniger sinnlos in der Gegend herumhetzen auf der Suche nach einer Stelle, die zahlenmäßig gar nicht vorhanden sein kann. Man gibt den schwerer vermittelbaren älteren Arbeitslosen den Eindruck, daß der Zug für sie endgültig abgefahren ist. Das Problem liegt in der *offenen und versteckten Diskriminierung von Bewerbern und Bewerberinnen über 45*. In den Stellenanzeigen findet man offene Stellen mit Altersbeschränkungen; Arbeiten, die qualifizierte Kräfte jeden Alters bewältigen könnten. Trotz bester Qualifikation und flexibler Salärwünsche (sprich beträchtlichen Einbußen gegenüber dem letzten Lohn) kommen wir „Alten“ meistens nicht einmal zu einem Vorstellungsgespräch. Bei telefonischen Nachfragen wird einem oft auf arrogante Art und Weise mitgeteilt, daß das bestehende Team aus jungen und dynamischen Leuten besteht und eine ältere Kandidatin da nicht hinpaßt und unerwünscht ist. Statt utopische Sandkastenspiele zu entwerfen, wäre es an der Zeit, daß Politiker und Politikerinnen für die Abschaffung der Altersdiskriminierung kämpfen und für Langzeitarbeitslose eine Minimalrente zum Überleben ins Auge fassen würden, anstatt sie zu Fürsorgefällen werden zu lassen.

Stolperstein BVG

Das vom Volk vor 10 Jahren gutgeheißene Gesetz über die berufliche Vorsorge erweist sich für ältere Stellensuchende als Stolperstein. Die Beiträge, von denen der Arbeitgeber mindestens die Hälfte entrichten muß, sind wie folgt:

- 25 bis 34 Jahre 7%
- 35 bis 44 Jahre 10%
- 45 bis 54 Jahre 15%
- 55 bis 65 Jahre 18%

Somit dürfte klar sein, warum ein Arbeitgeber eine junge Arbeitskraft vorzieht.

Soziale Verantwortung der Unternehmen

In den letzten Jahren hat sich in den Unternehmen eine Entwicklung vollzogen, bei der *die menschliche Arbeitskraft als wesentlichster Produktionsfaktor durch das Kapital abgelöst* wurde. Damit soll die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gesteigert werden. Leider geschehen diese Maßnahmen zur Rationalisierung und Automatisierung des Produktionsprozesses einseitig *zu Lasten der Arbeitnehmer*. *Nach dem Verursacherprinzip müßten die Unternehmen für den der Volkswirtschaft zugefügten Schaden zur Rechenschaft gezogen werden. Letztlich haben die (noch) Erwerbstätigen und somit die Steuerzahler für die langzeitarbeitslosen und ausgesteuerten Menschen aufzukommen.*

Persönliches Leid und zusätzliche Belastung

Seit dem Tod meiner Mutter vor eineinhalb Jahren erfülle ich als ledige Tochter ‚*Betreuungspflichten*‘ bei meinem hochbetagten Vater (Haushaltarbeiten, moralische Unterstützung etc.). Da der verzweifelte, lebensmüde Mann den Tod seiner Frau, meiner Mutter, nur schwer erträgt und eine depressive und äußerst negative Lebenshaltung einnimmt, stellt er für mich eine *zusätzliche Belastung* in meiner jetzigen mißlichen Lage dar. Angesichts der geschilderten Situation sieht meine Zukunft nicht rosig aus. Hinzu kommt, daß mir die dieses Jahr beschlossene *Heraufsetzung des AHV-Rentenalters für Frauen* überhaupt keine Freude macht. Nach der alten Regelung wäre ich mit Jahrgang 1943 im Jahr 2005 im Alter von 62 Jahren AHV-berechtigt gewesen. Im genannten Jahr 2005 wird das AHV-Alter für Frauen auf 64 Jahre heraufgesetzt.“